

# Demokratisches Wochenblatt.

## Organ der deutschen Volkspartei.

Leipzig, den 11. Januar 1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier bei der Redaktion (Einheitsblätter) 12 1/2 Ngr. Einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren H. Meißner, C. Neichert, G. Reichert, G. Hoffmann, Brühl, 40, G. Dehler, Ritzmarkt, 6, G. Heiser, Peterssteinweg, 7. Für den Gauvereins-Unterrichtsamt und die Expedition d. Blattes C. B. Postfach Windmühlentor, 14.

### An unsere Parteigenossen.

Nachdem die Demokratie Sachsen ein volles Jahr lang ohne Organ gewesen ist, es uns dringend gebührt, dieses Wochenblatt in's Leben zu rufen, das wir im Interesse der Partei möglichst bald in ein täglich erscheinendes Blatt zu erweitern beabsichtigen. Wir rechnen darauf, daß die Parteigenossen in und außerhalb Sachsens uns in jeder Hinsicht unterstützen, denn nur dann wird es uns möglich sein, das Unternehmen einer öffentlichen Wirklichkeit entgegen zu führen. Vor Allem wenden wir uns an den eigentlichen Kern der Partei, die Volks- und Arbeitervereine, und bitten sie, soweit in der allerdings jetzt schweren Zeit, ihre Mittel uns helfend zur Seite zu stehen und namentlich durch Abonnentensammlung in ihren Kreisen thätig erndt einzugreifen. Wo der Einzelne das Opfer, welches ihm das Halten des Blattes auferlegt, nicht bringen kann, mögen Zwei, Drei und Vier zusammentreten. Die Bestellungen, auch in einer größeren Zahl von Exemplaren, bitten wir nicht in der Expedition d. Bl. auch nicht auf dem Buchhändlerweg, sondern bei nächst gelegenen Postanstalten aufzugeben, da diese Bezugsart die schnellste und billigste ist. Auch diese Bitte allerwärts Beachtung und Beherzigung finden.

### Der Ausschuss der Volkspartei in Sachsen.

H. Lieberkecht, A. Weber, S. Freitag.

### Unser Programm.

Unser Programm, das die Grundfeste des demokratischen Kampfbundes ist, werden wir die demokratischen Grundsätze auf allen Gebieten des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens bis zu den letzten Konsequenzen verfolgen und namentlich was insbesondere die beiden brennendsten Angelegenheiten betrifft, die deutsche und die Arbeiterfrage, führen wir einen dringlichen Vorkampf an, der alle Schicksale des großen Vaterlandes (selbstverständlich auch die deutsche Reichsfrage) unter dem gemeinsamen Banner der Freiheit vereinigt, und werden Krieg auf Leben und Tod führen gegen jenen verderblichen Politik, der Kaiser die Herrschaft über Deutschland ist. In der sozialen Frage werden wir rücksichtslos auftreten für die Rechte der Arbeit mit aller Macht für die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse wirken.

### Politische Uebersicht.

Die Saat der Unruhe und Eisenpolitik reißt überall in Europa; Unschonheit, Kriegsgewalt, bedrückende Steuern, Volksverarmung, Geschäftslosigkeit, Hungersnoth, — Der französische Kaiser von der Revolution bedroht, zum Krieg gezwungen, Preußen gegenüber das nämliche Spiel spielend, mit Preußen vor 2 Jahren gegen Oesterreich, das diplomatische Preußen nach Bundesgenossen anschauend, die ihm die kaiserliche Krone des Jahres 1866, sollen dreißigtägigen heißen Aufstand bereit, den Sprung auf Konstantinopel zu wagen; in Italien die Einheitsfrage; in England finanzielle und politische Konflikte, das willenlose Spielzeug des Mannes an der Seine; der ihm die Bluttaufergab; in England dem heuchlerischen Parlamentarismus, der nichts anderes ist, als die schamloseste Klassenverhöhnung, die Macht abgerufen, und 600-jährige Unruhe, hegemonisch an Irland, auf dem Punkt sich sichtbar zur Arbeit, und schon jetzt das mächtige Albion lähmend, in Spanien Pfaffen und Säbelherrschaft im erblichen Bund, — das ist das Bild, welches uns Europa am Anfang des Jahres 1868 bietet. Die Demokratie hat keine Ursache, unzufrieden zu sein. Es sind ihre Feinde, auf welche die Revolte heranzieht, und die sich nun gegenseitig zu groben Feinden gezwungen sind. Wie auch die Wirklichkeit dem



Die Volkspartei in Württemberg hat auf der Landesversammlung vom vorigen Montag mit großer Mehrheit beschlossen sich an den Wahlen zum Reichsparlament nicht zu betheiligen. Wir können nicht umhin diesen Schritt als lebhafteste zu bedauern, wollen jedoch dem gemeinsamen Feinde nicht die Freude machen mit unseren Süddeutschen Freunden deshalb Streit zu beginnen. Die nächste Zukunft wird zeigen wer Recht hat.

Die augigen Lagen liegen bei Stolberg nicht weit von der Eugauer Unglücksfälle, abermals ein Schicksal ein. Nur dem Umstand, daß zufällig keine Arbeiter darin waren, ist es zu verdanken, daß die Eugauer Katastrophe nicht wiederholte. Aber die Ursachen des Unglücks veranlaßt noch nichts, dieweilfalls ruht auf der Verwaltung der hiesigen Grube die gehört dem 1860 gestifteten Niederrheinischen Steinkohlen-Aktien-Verein) bei erweislicher Fahrlässigkeit genau dieselbe Schuld, als wenn die Katastrophe erschlagen worden wäre.

Wie die Regierung gegen die Urheber der Eugauer Ranschenschlägerei verfahren wird, darüber hört man kein Wort. Die langen Schweigen muß allerdings zu ungünstigen Deutungen Anlaß geben. Die Angelegenheit ist der neuen Verfassungsentwurf dem nächsten Landtag vorgelegt worden. Die Pflichten des Schwartzen sind die Pflichtige sind Arbeitergeber zu schuldig sind, nicht der Arbeiter kammt, in wie weit der Arbeiter die Befähigung dieser Arbeit ausüben, das werden wir den Lesern in einer der nächsten Nummern des „Volkswohlfahrt“ zeigen.

**Das Preussische und das Schweizer Heersystem.**

(Aus dem Flugblatt „Süddeutschland und die Heeresreform“.)

Das Volk im Süden (auch in Mitteleuropa) scheint die preussische Heeresverfassung entweder gar nicht, oder doch nur aus den Kampfbildungen der Männer vom unbedingten Anschluß (valgo Wehrpflicht) zu kennen.

Die preussische Wehrverfassung, wie ein Mann auf dem Rhein, Wehrpflichtig begründet, als der edle Patriot Scharnhorst, von Geburt ein Patrioten, die bei Jena, Eylau und Friedland zerstückelten, Boyfarnes, Wehrverfassung, die man sich nicht vorstellen kann, die des Kaiser Napoleon I. nach dem Vorgange der französischen Republik, in einem mächtigen und unbeflegbaren Volk, die nach dem förmlichen Verträge mit dem Kaiser Napoleon I. die preussische Wehrmacht die Zahl von 30,000 Mann nicht übersteigen, aber Scharnhorst, ließ die Wehrkraft in nur drei Wochen eine Wehrmacht von 300,000 Mann durch ein neues Aufgebot erschaffen, und täuschte so den Feind, daß der Feind und dessen Sympotanten Deutschland unabhängig über die preussische Wehrkraft zu sein, erfuhr der Franzosenkaiser, an der Schlacht bei Leipzig und Waterloo, was die preussische Landwehr im Bundesmitgliedschaften zu bedeuten hat.

Nach dem Verle von 1814 sollte die Armee aus einem kleineren Heiden Truppenkörper, und aus Landwehregimenten, bestehen, zu deren Einübung 6 Monate befördert wurden. Statt die gesamte Armee auf diesen Fuß zu bringen, wurden die Landwehregimenten

beseitigt, und alles per Kabinettsordre, Schmidt. Daß, ließ man's bis zum Jahre 1860 bei 21/2 Jahren bewenden. Was aber seit 1860, und bis zum Jahre von 1866 in Preußen die allgemeine Wehrpflicht hieß, war nur ein verkapptes Conscriptioensystem, welches mit ungenügendem Beispiel, und der Ungeschicklichkeit und Habsucht der Regierung.

Preußen zählte vor den Annexionen 19 Millionen Seelen; von diesen wurden alljährlich ausgehoben 62,000 Mann, dem Präsenzzeit in der Infanterie 3 volle Jahre betrug, in der Kavallerie 4. Treten von 19 Millionen nur 1 % ins wehrfähige Alter, so macht das 190,000 Männen statt 63,000, so daß in Preußen zwei Drittel der männlichen Mannschaften ihre Wehrpflicht nicht erfüllen. Zieht man sogar 25 % von den 190,000 wehrfähigen ab, so daß nur 142,000 Wehrfähige übrig bleiben, so entziehen sich jährlich 80,000 junge Leute ihrer Wehrpflicht. Was während der dreijährigen Dienstperiode 240,000.

Kein Staat der Welt kann alle Wehrfähige 3 Jahre lang bei der Wehr halten, und Preußen kann keine 426,000 Soldaten 3 Jahr unter den Waffen halten. Was thut man? Man ließ die Wehrpflicht, allgemeine Wehrpflicht, leben und verankerte in Wahrheit eine Aushebung und Auslosung. Damit aber die begünstigte Klassen, die doch auch das Volk sind, keine ungünstige Lage, damit in den höheren Schichten der Gesellschaft, die Lage ihrer Erziehung und Erziehung der Wehrpflicht nicht zu lang würde, ließ den Staat mit sich handeln. Wer sich selbst ausmüdet und erschöpft, tritt am 3. Jahre mit dem 23. Lebensjahre ein, wenn die Armeen schon im 18. Jahre eintraten, und nach dreijährigem Dienst bei der Infanterie, bei der Kavallerie 4 Jahre) trat der preussische Soldat in die Reserve, wo er 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100 Jahre unter Führung des Landwehmann, sieben Jahre, darauf 5 Jahre lang Landwehmann zweiter Aufgebots, und acht, er trug in den Landsturm bis zum Alter von 70 Jahren.

Und doch brachte es Preußen, nach dem Kriege von 1870/71, eine Bevölkerung, während der Schweiz 75 % aufstell. Die preussische Armee konnte dagegen 40 Mill. Soldaten, die Schweiz nur 7 Mill. Soldaten, 18 % der Ausgaben. In der Schweiz kommt auf den Kopf der Bevölkerung 2 Fr. 94, nach Stämpf 3.30 für Bundes-, Kantonal- und Personal-ausgaben; in Preußen, bis zu Staatsofen über 8 Fr. 50.

In der Schweiz ist die allgemeine Wehrpflicht, nicht einmal ganz durchgeführt, aber auf 2 1/2 Millionen Seelen kommen 200,000 Mann. Von diesen dient jeder (in der Infanterie) überhaupt nur 71 Tage, und Stämpf will diese auf 60 Tage beschränkt wissen. Die Armee soll nach ihm mindestens aus 300,000 Mann abhört werden.

Das Militär-Spezialgesetz, der wahre Kern der Reichsdeutschen Verfassung, der ohne Weiteres für die nächsten 10 Jahre, dreijährige Wehrzeit, 1 % der Bevölkerung, 12-jährige Militärdienst. Die Militärfest des Regiments wird demnach von den 12 Millionen angegeben auf 292,000 Mann, Wehrzeit 285,000 Mann Reserve, 315,000 Mann Landwehr, in Summa 892,000 Mann, was die Schweizerische Verfassung

auf 29 Mill. Stelen 2,232,000 Streiter auf die Weim- brüche, und nach den Vorschlägen Stämpfers gar 4 1/2 Mill. Nach der Tafe von 225 Thlr. pro Mann, die sich der oberste Kriegsherr des Norddeutschen Bundes aus-

Demselben Flugblatt entnehmen wir folgenden lehrreichen Vergleich: **Süddeutsche Länder preussisch organisiert**  
Täglich ausgehoben 29,338 Mann.  
In drei Jahren 85,000  
Nach 12 Jahren eine Armee von 260,000  
Täglich Kosten 33,400,000 Gulden.  
In 12 Jahren 400,000,000  
Arbeitsverlust in drei Jahren 76,500,000 Tage.  
Arbeitsverlust von 262,000 Soldaten 235,800,000 Tage.  
Waffenunterordnung unter fremden Mächten 100,000  
Finanzieller und politischer Schaden 1,000,000,000  
Deutschland wird verheert.

**Fünf Fragen eines Deutschen-Preußen.**  
1) Was ist die Bedeutung der Reichsverfassung von 1849?  
2) Wie ist damit die abweichende, absonderliche, dazu hauptsächlich auf Gewalt und ihren Folgen gegründete Nordbundesverfassung zu vereinbaren, mit welchem Rechte diese als Zwang gegen Widersprechende geltend zu machen? (vgl. S. 194 ff. der Reichsverfassung von 1849).

Unter dem vorstehenden Motto — freilich eines Träumers und Dichters — erlauben wir uns an alle diejenigen, denen es Ernst ist mit der Befolgung von Recht und Gesetz als der Lebensbedingung allen Rechtsstaates, einige Fragen zu stellen. In Betreff Dittes wir uns bisher in preussischen sechsundachtzig Volksversammlungen und Volks- wie auch sog. Rechts- oder Gerichtsstellungen merkwürdig begiebt um Gehör und Aufklärung bemüht haben?

1) Was heist entgegen, die anerkannt rechtlich zu Stände gekommene deutsche Reichsverfassung der Verfassunggebenden allgemeinen Nationalversammlung von 1849 als bündelnde Norm zu betrachten? (vgl. S. 194 ff. auch S. Simon nach Joh. Jacobi und das Verbum der früheren preussischen II. Kammer).

2) Wie ist damit die abweichende, absonderliche, dazu hauptsächlich auf Gewalt und ihren Folgen gegründete Nordbundesverfassung zu vereinbaren, mit welchem Rechte diese als Zwang gegen Widersprechende geltend zu machen? (vgl. S. 194 ff. der Reichsverfassung von 1849).

3) Wie sind insonderheit die einseitig aufgedrungenen, völligen Incorporationen angefaßt des Widerspruchs — nicht allein mit der allgemeinen Verfassung von 1849 sondern auch den rechtmäßigen Specialverfassungen der betreffenden Länder, wie den Grundsätzen des historisch angezeigten Bundesstaates und der Volksfreiheit überhaupt, zu rechtfertigen? Ist dem gegenüber die sog. Eroberung rechtlich haltbar, abgesehen davon, daß sie auch mit sich selbst in Widerspruch steht, indem sie als solche gar nicht bezweckt, beziehungsweise vielmehr als Schand der betreffenden Landesrechte gegen fremde oder entfremdete Parteien ursprünglich gemacht worden ist? Was bleibt also von dem Rechte der Eroberungsbeute? Ist sie nicht vielmehr nur eine beschönigende Umschreibung des deutlicheren Faktums d. i. die Umkehr des Rechtsstaates in die mittelalterliche Barbarei, um so schlimmer, wenn von einem ganzen Volke oder Volkstheile gegen Seinesgleichen

bedingt, wird der norddeutsche Friedensetat jährlich kosten 65 Mill. Thlr. oder 245 Mill. Franken, während die Warfsfertigkeit von über 2 Mill. Streiteren nach schweizerischem System mit 95 Mill. Fr. bestritten wäre.

Süddeutschland, unter der Militärfestsetzung, jährlich eingeküßt 85,000 Mann.  
In drei Jahren 255,000  
Nach 12 Jahren kampferfahren 680,000 = 1 Million.  
Täglich Kosten 16 Mill. Gulden.  
In 12 Jahren 192 Mill. Gulden.  
Verlust von 3 Jahrgängen Landwehret 18 Mill. Tage.  
Arbeitsverlust von 700,000 Männen 30,200,000 Tage.  
Völlige Selbstbestimmung.  
Wohlfahrt der Staats- und der Einzelnen.

„Das ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.“ Ein anderer „Träumer und Dichter.“

**Aus Ostpreußen.**  
Der Krieg von 1806 hat einen nicht hoch genug anzuschlagenden Vortheil gehabt, es ist auf einmal aller Welt klar geworden, daß wir in Preußen eine demokratische Partei niemals gehabt, und daß die Katastrophe unseres „Fortschritts“ im besten Falle höchst unklar, verworrenen Köpfe gewesen, welche von der Geschichte nur die Chronologischen Tabellen und die Phrasologie der Hof-Historiographen gelernt, und vom Recht nur den Formeltram und die Kunstgriffe des Realismus. Bei weitem die meisten Fortschrittler sind bewußte grimmige Feinde der Volksfreiheit, des gesetzlichen Rechts aller gewesen und sind's jetzt erst recht, wie die Feudalen. Diese beanspruchen die Herrschaft auf Grund alter Privilegien, jene auf Grund neuer Privilegien; die Feudalen lassen ihre Vorrechte aus ertrotten Urkunden her; unsere Fortschrittler fordern sie auf Grund ihrer Geldsäcke und ihrer „höhern Bildung.“ Beide Parteien wollen die Herrschaft, und darum kämpfen sie mit einander; aber beide Parteien beanspruchen Vortrecht, und darum schließen sie Kompromisse wie die kriegsführenden künftigen Friedensverträge, um einander zu überorthalen: Der „arme Mann“ wird aber von beiden geherbt und verathen.

Daher kommt's, daß Feudale und Fortschrittler den Arbeitern sich nur nähern, wenn eine Wahl ausgeführt ist. Sobald diese fertig, zieht keiner das Rad weiter an. Fordern die Arbeiter Etwas von ihren Göttern der Wahl so süß redenden Feinden, dann hört man

sie einfach nicht; denn großen Lärm können sie nicht machen, sie haben keine Stimme in unseren vielen Vertretungen, kein Organ in der Presse, und sie haben kein Geld und leider auch kein Geschick, um ihre Wünsche durch Respekt fördernde Demonstrationen zum Ausdruck zu bringen und sich Beachtung zu verschaffen. Dagegen haben diese „Freunde“ den Arbeitern gegenüber verschiedene Dankschrauben, welche vorzüglich wirken, und sie wissen, daß die Arbeiter dieselben über alle Massen fürchten.

So haben sie sie kennen gelernt, diese liberalen Bourgeois des Geldes und der hohen Bildung. Sie zeigen sich bei uns, wie sie sich überall und zu allen Zeiten gezeigt, und ich halte sie durchaus für fähig, zu wiederholen, was dieselbe Sorte in Frankreich 1830 nach der Juli-Revolution und 1848 in der Juni-Schlacht geleistet.

Nichts ist schwieriger, als gegen diese Partei aufzutreten. Wollen die Arbeiter wirklich eine Stellung derselben gegenüber gewinnen, so müssen sie mit großer Energie und vieler Klugheit ihre Sache führen und vor allen Dingen suchen, durch Verringung ihre materiellen Mittel zu vervielfachen und durch Bildung ihre Einsicht in Bezug auf politische und soziale Fragen zu fördern. Als Anfang in dieser Richtung können wohl die Arbeiter-Vereine gelten; doch reichen diese nicht aus. Vor allen Dingen haben wir uns all der Bildungsmittel zu bedienen, welche die heutige Kultur uns bietet: der Schule und der Presse in ihren unendlich vielfachen Gestaltungen. In dieser Beziehung ist eigentlich noch alles zu erobern, d. h. die Waffen, mit denen wir kämpfen wollen, sind erst zu schmieden, und den zweckmäßigen Gebrauch derselben haben wir erst zu lernen. Ferner müssen die Arbeiter so viel als möglich Einsicht auf die öffentlichen Angelegenheiten zu gewinnen suchen, sich als Macht erweisen. Aber sie müssen das thun mit der Einsicht in die betreffende Sache, welche einen wirklichen Erfolg erndigt und die rechte Person wählen läßt. Weil dies nicht immer beobachtet worden, darum hat man mit unklarem Theoretisiren kostbare Zeit verweilt und die Köpfe verwirrt, hat man sich von zweideutigen Menschen bedolpeln lassen und sie gar zu Abgeordneten gemacht, wie einen Herrn v. Schweiger. Wenn die Arbeiter sich der Führung solcher Männer anvertrauen, dann müssen sie die Partei verlieren.

Ich weiß, daß die Arbeiter bei Ihnen in West- und Süd-Deutschland weiter sind als hier bei uns im Osten. Aber sie sind dort trotzdem nicht weiter gekommen und all ihre Mühseligkeit hat in den meisten Fällen nur den National-Liberalen, diesen Vollsverräthern, und den töniglichen preussischen „Sozial-Demokraten“ genützt. Die Arbeiter wissen offenbar noch nicht, was sie wollen, und weil sie kein Ziel haben, haben sie auch keinen Weg. Mit schönen Bedensarten und langen Resolutionen reformirt man nicht. — Dessen ungeachtet kann ich nicht verkennen, daß doch vom mittleren Deutschland aus das richtige Ziel und der rechte Weg wird gefunden werden; denn Sie haben unter Ihren geistigen Kapazitäten mehr aufrichtige Demokraten als wir, bei Ihnen hat der National-Liberalismus noch lange nicht so gewürdet als bei uns. Sie können sich wenigstens stellen zum Kampf gegen die liberalen Bourgeois des Geldes und

In Sachsen haben wir beide Sorten, ungeschädlich macht.

der „höheren Bildung“; wir dagegen sind simple Arbeiter, wir haben keinen, der sich mit den Hauptreuten der Organe zu messen vermag. Sie haben — und in dieser Beziehung muß ich meine früher gethane Behauptung theilweise zurücknehmen — doch eins bereits erreicht: Sie haben die Gleichgültigkeit, die Isolation, Theilnahmslosigkeit schon überwunden, und das ist außerordentlich viel. Diese Arbeit haben wir erst zu bewältigen.

Wohl gehen wir mit Ruch an unsere Aufgabe; ob auch mit der nöthigen Einsicht, mag bezweifelt werden; ob wir unter allen Umständen ausharren werden, ist eine Frage, die sich heute nicht beantworten läßt. Aber eins ist unbestreitbar: wir wissen, daß das Fundament der Demokratie die Einsicht, d. h. die Bildung und das gleiche Recht Aller ist; wir halten daran fest, daß wir alles thun müssen, was zu dieser Einsicht führt und das gleiche Recht aller erlangen läßt; wir haben begriffen, daß nicht das Wort den Mann macht, sondern die That; und die Partei nicht die Phrase oder die Resolution, sondern ihre Wirksamkeit zur Gehaltung des Lebens und der sozialen Zustände und Verhältnisse.

Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Erster Band. Produktionsprozeß des Kapitals. Verlag von Otto Meißner in Hamburg.

(Schluß.)

Zur Vermeidung möglicher Mißverständnisse ein Wort. Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichnen sich keineswegs in rothem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind: Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den Einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.

Auf dem Gebiete der politischen Ökonomie begegnet die Freie wissenschaftliche Forschung nicht nur demselben Feinde, wie auf allen anderen Gebieten. Die eigenthümliche Natur des Stoffes, den sie behandelt, rufft wider sie die bestigsten, heimlichsten und gewaltigsten Verdächtigungen der menschlichen Brust, die Furchen des Privatinteresses, auf den Kampfplatz. Die englische Hochkirch, z. B. verzeiht eher den Angriff auf 30 von ihren 30 Glaubensartikeln als auf 1/30 ihres Geldverkommens. Heutzutage ist der Arbeitismus selbst eine culpa levis, verglichen mit der Kritik überheerter Eigentumsverhältnisse. Jedoch ist hier ein Fortschritt unverkennbar. Ich verweise z. B. auf das in den letzten Wochen veröffentlichte Blandbuch: „Correspondence with Her Majesty's Missions Abroad, regarding Industrial Questions and Trade Unions“. Die auswärtigen Vertreter der englischen Krone sprechen es hier mit dürren Worten aus, daß in Deutschland, Frankreich, kurz allen Kulturstaaten des europäischen Continents, eine Umwandlung der bestehenden Verhältnisse von Kapital und Arbeit eben so sichtbar und eben so unvermeidlich ist als in England. Gleichzeitig erstarrte jenseits des atlantischen Ozeans

Herr Waple, Vicepräsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, in offentlichen Reden: Nach Befestigung der Sklaverei trete die Umwandlung der Kapital- und Grundbesitzverhältnisse auf die Tagesordnung! Es sind dies Zeichen der Zeit, die sich nicht verkennen lassen durch Purpurmantel oder schwarze Kutten. Sie bedeuten nicht, das morgen Wunder geschehen werden. Sie zeigen, wie sich in den herrschenden Klassen die Ahnung aufdammert, das die jetzige Gesellschaft kein fester Krystall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus ist.

Der zweite Band dieser Schrift wird den Circulationen des Kapitals (Buch II) und die Gesetzmäßigkeiten des Gesamtprozesses (Buch III) der abschließende dritte Band (Buch IV) die Geschichte der Epoche behandeln.

Seiner Arbeit wissenschaftlicher Art ist er mit vollkommenen Gegenüber den Vorurtheilen der s. g. Olfen-Löcher Meinung, der ich nie Konsequenzen gemacht habe, gilt mir nach wie vor, der Wahlspruch des großen Florentiners:

Segni il tuo corso, e lascia dir le genti!  
London, 25. Juli 1867. Karl Marx.

## Vereinsangelegenheiten

### Die Sächsischen Consum-Bereine.

Nachdem sich auch in unserer Sachsen die Macht der Reaktion etwas abgeschwächt und das Volk sich wieder erheben hatte, haben wir hier und da neue Vereine entstehen und recht erfreuliche Resultate berichten. Was Wunder, wenn auch der alte Feind, das jeder seine eigenen Wege gehen müsse, sei, um der richtigeren Erkenntnis Platz zu machen, das man Hand in Hand gehen, sich gegenseitig unterstützen, und die Wege zum gemeinsamen Ziele ebnen müsse.

Die Arbeitsbedingung die auf dem Gebiete der Industrie so großes Leid, schien auch hier geboten, und so vollzieht sich besonders in unserer Arbeiterbevölkerung eine Gruppenbildung für die verschiedenen Arbeitsgebiete, welche bereits so weit gediehen ist, das für deren geistig bildende, volkswirtschaftliche und politische Thätigkeit, besonders Körperkräften thätig sind, die in dem einen Punkte, Alles zu das Volk und Alles durch das Volk vollständig sind.

Auch die Consum-Bereine sind dieser Zeit und sachgemäßen Betreibung nicht fern geblieben und haben sich, auf Veranlassung eines im Mai v. J. in Frankenberg stattgefundenen Arbeiter-Vereinertags zu einem Verband organisiert, welcher seine Geschäftsleitung der Verwaltung des Leipziger Consum-Bereins, unter der Vertretung, Centralstelle der Sächsischen Consum-Bereine, übertragen hat.

Auf einen von dieser ausgegangenen Aufruf, haben sich 45 Consum-Bereine angemeldet und ein „vorläufiges Verbandstatut“ angenommen, welches die notwendigsten Bestimmungen zur Fortführung der Geschäfte enthält, und von dem ersten Verbandstage vertheilt und unterschrieben werden soll.

Das Bestreben der Centralstelle geht vor Allem dahin, den einzelnen Vereinen zur möglichst guten Organisation ihrer Verwaltung und Einführung einer correcten

und übersichtlichen Buchführung behülflich zu sein, um das Vertrauen der Genossenschaftler selbst, besonders aber auch Dritter, welche mit ihr in Geschäftsverbindung stehen, immer mehr zu festigen. Dabei sollen gemachte Erfahrungen gegenseitig ausgetauscht, gute Bezugsquellen nachgemessen und der gemeinsame Waarenankauf angestrebt werden.

Das Hauptziel des Verbandes besteht aber darin, unablässig dahin zu wirken, das alle Consum-Bereine ihren Geschäftsgewinn nach Beschäftigung der Waarenentnahme, vertheilen denselben zu weitestgehenden genossenschaftlichen Unternehmungen fortgesetzt aufsparen, und endlich zu dem Verkauf an Nichtmitglieder übergehen.

Die Mittel, welche die Centralstelle vorläufig zur Lösung ihrer Aufgabe hat, bestehen in autographierten Rundschreiben und Versammlungen. Solcher Rundschreiben sind 4 abgegangen. Die Centralstelle ist damit beschäftigt, zunächst eine Statistik der theilnehmenden Vereine anzufertigen, ihre Statuten einzufordern, um vor allen Dingen Kenntniss vom Wesen und Umfang der einzelnen Vereine zu erlangen. Auf dieser Grundlage wird erörtert werden können, in wie weit die einzelnen Vereine dem eben ausgesprochenen Hauptziel des Verbandes nahe kommen oder nicht, wo und wie mit der daraus beginnenden Reform begonnen werden muß.

Sobald jedoch diese Reformarbeiten beginnt, reicht der sächsischen Befehr nicht mehr aus, und müssen die Hauptziele des Verbandes von den Vereinen selbst mündlich erörtert und durchgesprochen werden. Auch hierzu ist bereits Einigung getroffen, indem der Vorsitzende des Verbandes in Lugau, Cobeln, Freiberg, auf einem Orte, in der Oberlausitz für die diesen Orten zunächst liegenden Vereine Vorträge in diesem Sinne halten wird. Sind erst diese Prinzipien durch die theilnehmenden Genossenschaften genügend erörtert, so das sich die Theilnehmenden eine selbständige Meinung darüber gebildet haben, dann ist die Zeit gekommen, wo ein allgemeiner Verbandstag den Zweck des Verbandes genau formulieren und seine Organisation definitiv feststellen kann. Dann sind aber auch die Consum-Bereine in die Bahnen geleitet, in welchen sie sich erfolgreicher entwickeln und wirtschaftlich eine größere Bedeutung erlangen werden.

Mag noch Manches zu wünschen übrig bleiben, so viel steht fest, das die sächsischen Consum-Bereine in die Bahnen einer rationalen Bewirtschaftung einlenken, und unsere volle Aufmerksamkeit verdienen, welche wir durch am besten befhängen, das wir unsere Besr durch regelmäßige Berichte über die Wirksamkeit der Vereine fortlaufend in Kenntniss der Sache erhalten.

### Au die deutschen Schneider.

Der nachstehende Aufruf ist uns zur Veröffentlichung übergeben worden: wir theilen ihn um so lieber mit, als wir in der Gründung von Vereinen nach dem Muster der englischen Trade Unions, welche die Arbeiter der einzelnen Gewerbe umfassen, das überste Mittel erblinden, die Masse der Arbeiter in die politische und soziale Bewegung hineinzuweisen. Was sich auf diesem Gebiete leisten läßt, das zeigen die allgemeinen Vereine der Buchdrucker und Cigarrenmacher. Möge der neue Verein selbe hohe Aufgabe erfüllen!

im Evidem das Bürgerthum sich zur Mitgliedschaft im Staate emporgedrungen hat, sind auch die wirtschaftlichen Einrichtungen andere geworden. Wenn früher die Zünfte und Innungen einem Theile des Volkes einen bestimmten Schutz gegen Übergriffe gewährten und die Stellung des Lohnarbeiters, des Gesellen, dem Arbeitgeber, dem Meister gegenüber regelten, so hatte in neuerer Zeit durch die überwiegende Macht, welche das Kapital sich in den neubegründeten Zuständen erobert hatte, die Großindustrie jene Einrichtungen vollständig verdrängt. Nicht nur ohne alle Rechte und Schutz gegen die Verdrückung der Geldmacht steht heute der Gehilfe da, sondern der moderne Staat hat sogar Ausnahme-Gesetze für die Arbeiter geschaffen, durch welche sie gleichsam mit gebundenen Händen dem mit der Waffe der Großindustrie dem Großkapital ausgerüsteten Arbeitgeber gegenüber gestellt werden.

Der einzelne mittellose Arbeiter ist zu schwach, gegen solche Zustände anzukämpfen; alle Einrichtungen werden von den bestehenden Mächten der Gesellschaft, in deren Händen sich die Gesetzgebung befindet, geschaffen. Die ganze Lebensstellung der Arbeiterklasse ist eine solche, daß nur wenige von der Natur und den Verhältnissen Bevorzugte sich entweder zum Arbeitgeber emporzuschwingen vermögen, oder aber die nöthige Intelligenz sich zu verschaffen im Staate sind. Am mit einziger Aussicht auf Erfolg den Kampf gegen die Verdrückten zu führen.

Daß diese Zustände auf die Dauer nicht so bleiben dürfen, wenn nicht die Gesellschaft an den Rand des Verderbens und der gewaltthätigen Revolution geführt werden soll, sieht Jeder ein, der sich nur einige Erfahrungen gesammelt, und aus diesen die richtige Erkenntnis zu ziehen vermag, denn dagis sehen wir, daß sich unsere Arbeit in schreckenerregendem Maße vermehren<sup>\*)</sup>, in dem immer mehr kleine Handwerkermeister in die Reihen der Lohnarbeiter gedrängt werden. Das Sprichwort: Handwerk hat einen goldenen Boden, hat längst seinen Werth verloren, und darum ist es nicht nur in unserem, sondern vorzüglich auch im Interesse der kleinen Meister, daß etwas geschehe, um vor gänzlicher Armuth zu retten, und uns eine Zukunft zu haben, die uns wenigstens die Befriedigung der zum Leben notwendigen Bedürfnisse bietet.

Die alten Zünfte sind unmöglich geworden, das Leben will ein, darum müssen auch wir diesen Fortschritt benutzen und eine Vereinigung bilden, um mit den neueren Verhältnissen auch unsere Lage zu verbessern. Wie glauben einen Weg gefunden zu haben, der, wenn er auch nicht schnurstracks zum Ziele führt, doch im Stande sein wird, uns auf die richtige Bahn zu leiten.

Am 13. und 14. October v. J. waren viele Abgeordnete des Schneidergewerks aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands in Leipzig zu einem Congress zusammengetreten, um die Gründung eines Vereins zum Schutz der Arbeiter gegen übermäßige Ausbeutung zu beraten.

Mit seltener Eintracht einigten sich die Delegirten, und unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Schneider-Verein“

haben sie eine Verbindung geschaffen, deren nächste Ziele in Folgendem ausgedrückt sind:

I. Unterstützung der Mitglieder, wenn sie sich aus der Wandererschaft befinden;  
2) wenn sie von den Arbeitgebern gemisshandelt werden; und  
3) wenn ihnen ihr Gewerbe stirbt.

II. Verbesserung der socialen Verhältnisse in unserer Corporation, z. B. der Krankenkassen.

Die Ausgaben sollen gedeckt werden durch einen wöchentlichen Beitrag, d. Z. von  $\frac{1}{2}$  Sgr. pro Mitglied. Daß diese Zwecke mit der angeführten Steuer erreichbar sind, beweist das zweifelhafte Besehen der gleichen Zwecke mit gleicher Steuer begründeten Gartenarbeiter-Vereins.

Nur in kurzen Umrissen ist es uns möglich auszuführen, daß dieser Verein in Verfolgung seiner Zwecke ein Mittel ist, das im Eingange besprochen Ziel zu erreichen.

Durch die Wanderunterstützung ist

1) jedes sich auf Reisen befindende Mitglied im Falle einer Arbeitslosigkeit vor gänzlicher Demoralisirung geschützt, und ist nicht angezogen, dem Bettel und der Willkür anheimzufallen; und

2) in jedes Mitglied in Zeiten, in welchen das Geschäft darniederliegt, nicht genöthigt, sich von dem Arbeitgeber unterdrücken und beschuldigen zu lassen; sondern er kann auf Reisen Erfahrungen und Kenntnisse fürs praktische Leben sammeln und geeignete Arbeitsplätze aufsuchen, bei welchem Bestreben ihm ein zu errichtendes Arbeitsnachweisungs-Bureau an die Hand gehen wird.

Ueber die Vorbereitungen der Wanderunterstützung zu sprechen, halten wir für überflüssig; sie ist eine Forderung der Zeit, der Kleinstadt ungewissen, daß ohne seine eigene Eifer zu gefährden.

Auch der dritte Punkt ist Jedermann als höchst nützlich bekannt, und dadurch dem Werk erst recht, welcher die Wanderunterstützung nicht an Ausbruch nimmt, eine Entschädigung geboten.

Mit dem Artikel II. wird jeder Genosse einverstanden sein und sich sagen müssen, daß unsere geschäftlichen Verhältnisse einer gründlichen Verbesserung bedürfen, so wie auch unsere Krankenkassen, welche an manchen Orten hoch sehr mangelhaft sind.

Eines Heiles müssen wir jedoch noch bedenken, der Verein hat sich nämlich zur Aufgabe gemacht, gegen die Verfertigung von Kleidungsstücken in den Strafkastellen anzukämpfen.

Es kann uns nicht einfallen, das unbegründete Werk als vollkommen und unfehlbar darzustellen, aber etwas Gutes ist denn doch daran, und das Opfer, das zu bringen ist, um dem Verein anzugehören, ein so geringes, daß wir wohl mit vollem Recht ihnen, gedrückte Geschäftegenossen, zuzurufen dürfen:

Trübe ein in unsern Bruderkreis, hüllet es für eure höchste Pflicht, dem großen Verbände, in welchem euer geistiges und leibliches Wohl gefördert wird, anzugehören.

Ein geistlich macht stark.  
Cöln, im December 1867.

Für das Directorium des Allgemeinen Deutschen Schneider-Vereins  
Der Präsident: H. Schob.

\*) Warum soll diese Vermehrung etwas „Schredenerregendes“ haben? Je größer die Zahl der Lohnarbeiter, desto näher liegt die Lösung der Lohnfrage.

Die Volksvereine in Sachsen sind, um einen neuen vermehrt worden. Der Vorstand des Glauchauer Volksvereins hat vorigen Sonntag einen solchen in St. Egidien gegründet, dem sofort eine große Zahl dortiger Einwohner als Mitglieder beitraten. Der erste Beschluss des neuen Vereins war, auf das „demokratische Wochenblatt“ zu abonniren und für dessen Weiterverbreitung zu wirken; Man beabsichtigt nach und nach auch auf den umliegenden Distrikten Volksvereine zu gründen, wie das in der Gegend von Grimnitzschon schon geschehen ist.

In Altenburg zählt der neue Volksverein bereits 84 Mitglieder. Derselbe hat sich der sächsischen Organisation angeschlossen, und wirkt kräftig für die gute Sache.

Der Berliner Arbeiter-Verein hat einen Antrag an die Berliner Arbeiter erlassen, worin unter Darlegung der Bestrebungen des Vereins die Arbeiter aufgefordert werden, sich demselben als Mitglieder anzuschließen.

In der letzten Vorstandssitzung des hiesigen Arbeiter-Vereins wurde der Beschluss gefasst, dem Verein den Vorschlag zu machen, in nächster Zeit in einem größeren Local eine Abendunterhaltung zu veranstalten, deren Reinertrag zur Unterstützung der nothleidenden Oppressirten verwendet werden soll.

**Vermischtes.**

Gefalzenes. Durch die meisten sächsischen Blätter ging vor einigen Tagen folgende Notiz:

Sachsen braucht jährlich 300,000 Centner Salz. Der Staat hat rund 2,400,000 Einwohner, mithin brauchen 8 Personen jährlich 1 Centner, monatlich 12 1/2 Pfund, die Person demnach monatlich rund 1 Pfund, täglich 1 Loth. Der Centner Kochsalz kostet laut Bekanntmachung 2 Thlr. 19 Ngr. mithin das Pfund 7/10 oder rund 8 Pf., mithin verzehrt eine Person im Durchschnitt monatlich für 8 Pf., täglich rund für einen Viertelkennig Salz.

Obgleich die letztere Angabe, das das Pfund nur 8 Pf. koste, in so weit nicht zutrifft, als die große Mehrheit der Bevölkerung das Salz durch den Detailhandel bezieht, und diesem also selbstverständlich einen Profit von 1-2 Pf. für das Pfund geben muß, so kann das an dem Resultat doch nicht viel ändern. Die Medaille hat aber eine Rehrseite, und die wollen wir zu Ruh und Frommen unserer Leser zeigen. Jeder der 300,000 Ctr. die Sachsen jährlich braucht, ist nach dem neuen

**Sur Wahrheit**

Auf vielseitigen Wunsch wird das „Demokratische Wochenblatt“ von nächster Woche an in 12woeitiger Zeit herausgegeben. Die heutige Nummer ist schon auf das größere Papier gedruckt.

Unsere auswärtigen Freunde haben wir noch anzuzeigen, daß das „Demokratische Wochenblatt“ in der Zeitungs-Preisliste (1. Nachtrag A) aufgenommen ist, und folglich keine besondere Bestellung erforderlich ist.

Satzsteuer des Norddeutschen Bundes mit 2 Thlr. besteuert, also Gesamtertrag der Salzsteuer in Sachsen jährlich 600,000 Thlr., das macht auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 7 1/2 Ngr., und für eine Familie von 5 Personen jährlich 1 Thlr. 7 1/2 Ngr. Salzsteuer. Würde die Salzsteuer aufgehoben, so kostete das Pfund Salz halt 9 oder 10 Pf. nur 3, höchstens 4 Pf. Der Ertrag dieser Steuer im ganzen Norddeutschen Bunde ist auf das Jahr 1868 zu 7,856,700 Thlr. veranschlagt. Diese Summe fließt in die Bundes-Kasse und ist natürlich für das „herrliche Kriegsgeld“ bestimmt.

Psychologisches. Graf Bismarck, der Mann von „Blut und Eisen“ hat neuerdings bedenkliche Anfälle von Weichheit und Zerknirschung. Bekannt ist, wie er in der letzten Sitzung des Berliner Reichstags fast weinend behauptete, daß er ein „gutes deutsches Herz“ in der preussischen Junkerbrust trage, und wie er die Existenz des besagten Herzens durch das Zeugniß des Herrn von der Pfordten über jeden Zweifel zu erheben suchte. Etwas Aehnliches ist dieser Tage vorgekommen. Vor einigen Pommerschen „Freunden“ in Betreff seiner politischen, religiösen und sonstigen Moral interpellirt, schrieb ihnen der Herr Graf eine von der Berliner „Zukunft“ unter dem Schffel hervorgezogene Epistel, deren Schlusssatz also lautet:

„Wüßten Sie, wie oft ich in meinem Kämmerlein auf den Knien gelegen und zu unsrem Gott und Gebeter habe, wüßten Sie, wie mir mein Ansehen wegen meiner Ermattung den Kirchenbesuch unterlagert ein hat! Sie würden mir den Vorwurf, die Kirche zu schwänzen nicht gemacht haben. Glauben Sie mir, es ist schwer, dem mächtigen Zuge zum Gotteshaus zu widerstehen.“ Interessant wäre es zu wissen, ob Graf Bismarck schon vor und während dem „glorreichen“ Bruderkrieg auf den Knien zu liegen pflegte? Daß er es seitdem dem thut, ist nicht zu verwundern. Er stellt sich hunderttausend Rörthen, und Noth lehr beten.“

Die hiesige Gesellschaft „Klapperkasten“ hat dem renomirten Märtyrer von Professor G. Kinkel für die Lobredede, welche derselbe hier im vorigen Sommer gehalten auf Freiligrath, in Wirklichkeit auf sich selbst und den Grafen Bismarck hielt, außer dem nicht unbedeutenden Ehrenhonorar noch einen silbernen Lorbeerkranz zugeschieden. Das Beschlusen ward dies am ersten Karren-Abend durch Klapperkastens, ein Beweis, daß diese Gesellschaft sich bekanntlich damit abquält, den Carneval bei uns einzuführen, unter günstigen Verhältnissen auch möglich sein kann.

Die hiesige Gesellschaft „Klapperkasten“ hat dem renomirten Märtyrer von Professor G. Kinkel für die Lobredede, welche derselbe hier im vorigen Sommer gehalten auf Freiligrath, in Wirklichkeit auf sich selbst und den Grafen Bismarck hielt, außer dem nicht unbedeutenden Ehrenhonorar noch einen silbernen Lorbeerkranz zugeschieden. Das Beschlusen ward dies am ersten Karren-Abend durch Klapperkastens, ein Beweis, daß diese Gesellschaft sich bekanntlich damit abquält, den Carneval bei uns einzuführen, unter günstigen Verhältnissen auch möglich sein kann.